
Der Sonderfall Schweiz lässt den Affenpocken freie Bahn

Der jüngste Pockenausbruch hat weltweit die höchste Alarmstufe ausgelöst und wird entsprechend vehement bekämpft. Nur in der Schweiz nicht. Dafür gibt es leider Gründe.

Von [Michael Rüegg](#), 11.08.2022

Anfang Juli, ich bin zu Besuch bei Freunden in Köln. Es ist Pride-Wochenende, die Stadt ist mit Regenbogenflaggen überzogen, alles ist auf den Beinen, die Tanzflächen quellen über von schwitzenden Torsos. Zurück in Zürich erscheint eine Nachricht auf dem Smartphone: Einer der in Deutschland wohnhaften Männer unseres Grüppchens hat Affenpocken: «Wir lassen uns heute noch impfen, solltet ihr auch tun!», folgt darauf.

Doch so einfach ist das nicht. Während praktisch ganz Europa bereits impft oder auf weitere Impfstofflieferungen wartet, schaut die Schweiz de facto tatenlos zu, wie die Ansteckungszahlen steigen. Bereits Ende Mai hiess es: Ein Impfstoff ist in der Schweiz nicht erhältlich. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) prüft die Beschaffung.

Dabei hätte die Ausgangslage eigentlich zuversichtlich stimmen müssen, als im Mai erstmals wieder über einige wenige Fälle von Affenpocken ausserhalb von Afrika berichtet wurde: Der Erreger ist nicht neu, sondern seit Jahrzehnten bekannt. Es existieren ein neuer und gut wirksamer Impfstoff namens Imvanex sowie ein Medikament, Tecovirimat, das bei schweren Verläufen eingesetzt wird.

Doch Pech hat, wer ausgerechnet in dem einen Land lebt, das weder über den Impfstoff noch über das Medikament verfügt – und bislang keine Idee hat, wie es dem Problem begegnen könnte.

Das Virus hatte Glück und gute Gelegenheiten

Ich gehöre hierzulande zur Hochrisikogruppe der schwulen und bisexuellen Männer unter 50. Die Älteren sind wohl zu einem gewissen Grad durch Pockenimpfungen aus ihrer Kindheit geschützt. Dass sich der Erreger in der globalen Bubble der Männer, die mit Männern Sex haben (MSM), breitmachen konnte, ist vermutlich zwei Faktoren geschuldet: dem Glück des Virus, auf einen vermutlich schwulen Erstwirt zu treffen, dessen Erkrankung milde genug verlief, sodass er weitere Personen anstecken konnte. Und der Tatsache, dass viele von uns einen eher lockeren Umgang mit Sex pflegen, gerne reisen und nach zwei Jahren Pandemie ausserdem einen gewissen Nachholbedarf verspüren. Kaum fanden wieder internationale Events statt, war bereits der erste *Monkeypox*-Hotspot geschaffen.

Mittlerweile sind drei gute Freunde von mir an Affenpocken erkrankt. Sie haben mir von tagelangem heftigem Fieber und Schmerzen berichtet und unappetitliche Fotos von vielen entzündeten, fetten Pusteln auf der Haut geschickt. Mein persönlicher Eindruck nach Gesprächen mit Betroffenen, Ärztinnen und vielen Medienberichten aus allerlei Ländern:

1. Die Krankheit hat sich schneller ausgebreitet als angenommen: Von null auf über 32'000 Fälle in über 80 Ländern innerhalb von drei Monaten – und das bei einem Erreger, der bislang als mässig ansteckend galt.
2. Auch bei Frauen, Kindern und Jugendlichen wurden in jüngster Zeit Ansteckungen gemeldet. Die Zahl der Fälle steigt in den besonders betroffenen Ländern auch ausserhalb der MSM-Bubble.
3. Die Krankheit verläuft längst nicht so harmlos, wie man aufgrund der Beschreibung der üblichen Symptome in Zeitungsberichten vermuten könnte.

Zu Punkt 1: Mittlerweile mehren sich die Hinweise darauf, dass Patienten bereits ansteckend sein können, bevor sie Symptome haben – oder sogar bei symptomfreiem Verlauf. Mein Freund in Portugal etwa kann sich seine Ansteckung nicht erklären. Keiner der beiden infrage kommenden Sexualpartner hatte selber Symptome. Bislang ging man davon aus, dass vor allem die Flüssigkeit aus aufgeplatzten Hautpusteln ansteckend ist sowie Gegenstände, die damit in Berührung kamen.

Benjamin Hampel, Infektiologe und Co-Leiter des Checkpoint Zürich, einer Poliklinik vor allem für LGBT+-Menschen, hat seit Beginn des Ausbruchs bereits Dutzende Affenpocken-Patienten behandelt. Gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung» äusserte er die starke Vermutung, dass das Virus auch via Körperflüssigkeiten wie Sperma oder Speichel übertragen wird. Ausserdem besteht gemäss einer aus Belgien stammenden Studie die Möglichkeit, dass auch symptomfreie Infizierte das Virus weitergeben.

Nun zu Punkt 2: Es ist simpel – je mehr Fälle weltweit, desto grösser die Gefahr der Übertragung auf Personen ausserhalb der Gay-Community. Auch Männer in heterosexuellen Beziehungen suchen mitunter Sex mit anderen Männern. Würde sich etwa auf diesem Weg eine schwangere Frau infizieren, wäre das Risiko einer Totgeburt des Kindes sehr real.

Und Punkt 3, die Schwere der Verläufe: Noch ist es ausserhalb von Afrika nur zu vereinzelt Todesfällen gekommen. Doch auch wer die Krankheit übersteht, ist Risiken ausgesetzt. Nicht selten müssen Patienten hospitalisiert werden, viele davon junge, gesunde Männer ohne jegliche Vorerkrankungen. Heftige Schmerzen verlangen nach entsprechend starken Schmerzmitteln. Gemäss Benjamin Hampel müssen nur schon der Schmerzen wegen Patienten ins Spital eingewiesen werden – selbst bei Gabe von Morphinum seien die Beschwerden in solchen Fällen zu stark, um daheim behandelt zu werden. Kommt hinzu: Es kann zu schweren Entzündungen im Rachen oder im Anus kommen.

Eine mir bekannte Chirurgin, die auf Enddarmkrankungen spezialisiert ist, behandelte bereits mehrere Fälle. Ihre Beschreibung der entzündeten Schliessmuskeln schockieren mich. Sie rechnet damit, dass in gewissen Fällen selbst nach Abheilung Patienten lebenslang unter Inkontinenz leiden werden.

Ein paar hundert sind kein Klacks

Die per 10. August laborbestätigten 361 Fälle in der Schweiz mögen angesichts der über 8 Millionen Einwohnerinnen nicht nach viel klingen. Aber

für die Gay-Communitys von Zürich und Genf, die bislang die meisten Ausbrüche verzeichnen, ist die Zahl alles andere als ein Klacks. Und täglich kommen neue Fälle hinzu. In den wenigen Tagen, seit ich entschied, diesen Text zu schreiben, sind die Zähler weltweit um Tausende, hierzulande um Dutzende neue Fälle gestiegen.

Bereits zu Beginn der Ausbrüche haben die Akteurinnen der Schweizer Gay-Organisationen versucht, eine Stigmatisierung von uns Schwulen und Bisexuellen tunlichst zu vermeiden. Dass die Medien auf Zuspitzung verzichtet haben, ist löblich. Doch gleichzeitig hat diese Strategie verhindert, dass die Schwere des Problems für unsere Community erkannt wurde. Die Schweiz hat die unmittelbare Bedrohung für uns und damit auch für sich selbst verschlafen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die im Hinblick auf die Ausbrüche die höchste Alarmstufe ausgerufen hat, rät dringend, Risikopersonen zu impfen. Doch die von der WHO empfohlene Strategie will ausgerechnet im Lande ihres Hauptsitzes nicht fruchten.

Mittlerweile sind in den meisten Ländern Impfprogramme für Risikogruppen gestartet. Kritik wird vielerorts geäussert: zu langsam, zu kompliziert, zu wenig bestellte Dosen. Doch wenigstens haben Deutsche, Briten, Franzosen, Belgier, Niederländer, selbst im zurückhaltenden Österreich lebende Männer eine Perspektive. Wir in der Schweiz haben derzeit keine. Nicht einmal Infektiologe Benjamin Hampel und seine Kolleginnen, die seit Wochen Tag für Tag neue Patienten behandeln, können sich vor einer Ansteckung schützen.

Die Schweiz hat den gesetzlichen Auftrag, Ausbrüche wie diesen mit den dafür nötigen Mitteln zu bekämpfen. Ein Auftrag, den sie gemäss Bundesamt für Gesundheit nicht auszuführen imstande ist.

Unser Heilmittelrecht, Treiber der Epidemie?

Die Schuld dafür, so ist zu lesen, liege beim Hersteller des Impfstoffs Ivanex, der Firma Bavarian Nordic. Das Schweizer Heilmittelgesetz verlange ein Zulassungsgesuch. Es wird impliziert, der Bund könne ohne ein solches Gesuch keine Bestellung aufgeben. Kleinere Mengen wolle das Unternehmen nicht liefern, verhandelt werde nur direkt mit Staaten. Für Bavarian Nordic geht dieser Weg auf: Mit Ausnahme der Schweiz können dank einer Zulassung durch die EU-Kommission nicht nur EU-Mitglieder, sondern etwa auch Liechtenstein und Norwegen bei Bedarf Impfstoff beziehen. Auch die USA, Kanada und – soweit ersichtlich – der Rest der Welt können bestellen.

Bei aller Frustration habe ich ein gewisses Verständnis für den Hersteller und seine Strategie, nur direkt mit Staaten zu verhandeln. Zum einen muss er Verpflichtungen gegenüber Staaten erfüllen, die bereits vor dem Ausbruch Impfstoff bestellt und wie im Fall der USA sogar die Entwicklung mitfinanziert haben. Zum anderen muss er seine Produktion um ein x-Faches hochfahren, um der enorm gestiegenen Nachfrage zu genügen.

Dass man bei Bavarian Nordic keine Lust hat, alles stehen und liegen zu lassen, um einem europäischen Kleinstaat mit komplizierter Gesetzgebung entgegenzukommen, überrascht nicht. Ist ja, nüchtern betrachtet, nicht ihr Problem, dass wir es nie geschafft haben, im Heilmittelbereich Zulassungen durch die EU anzuerkennen, und stattdessen an die Kraft unserer eigenen Regeln glauben. Die Schweiz sitzt gerade am kürzeren Hebel. Es ist nicht an ihr, angesichts des drohenden Notstandes dem Hersteller ihre Bedin-

gungen zu diktieren. Unser Markt ist schlicht zu unwichtig, als dass sich Bavarian Nordic ein Bein für die Schweiz ausreissen müsste.

Allerdings: Ein Zulassungsgesuch ist gar keine Bedingung für eine Bestellung durch den Bund. Zugelassen sein muss ein Wirkstoff frühestens zum Zeitpunkt seiner Einführung. Und zwischen Bestellung und Lieferung vergeht sowieso (wertvolle) Zeit. Sollte tatsächlich bestellter Impfstoff eintreffen und dürfte er – streng genommen – mangels Zulassung nicht verteilt werden, wäre das natürlich so traurig wie unnötig.

Das nationale Sonderzügli gehört eingemottet

Ein Zusammengehen im Heilmittelbereich mit den EU- und EWR-Staaten ist längst überfällig. Unser Land bezahlt hier den Preis für seine vielen Alleingänge der vergangenen Jahre. Dabei versprach der Bundesrat noch in der Botschaft zum seit 2012 gültigen revidierten Epidemiengesetz vollmundig, dass der Umgang mit grösseren Krankheitsausbrüchen nicht mehr nur eine interne Angelegenheit darstelle, sondern internationale Zusammenarbeit dringend nötig sei.

Aber hat der Bund wirklich keine Idee, wie er die sich anbahnende Gesundheitskrise lösen könnte? Das Epidemiengesetz verpflichtet ihn ja gerade, «zur Verhütung und frühzeitigen Begrenzung von Gefährdungen (...) Massnahmen zu treffen», wie er in der Botschaft dazu schrieb. Und die Voraussetzungen für die Ausrufung einer «besonderen Lage» wären durch die WHO-Einstufung als Notlage von internationaler Tragweite ebenfalls erfüllt. Dies würde den Handlungsspielraum des Bundes zumindest nicht verkleinern.

Konkret sieht das Epidemiengesetz die Erarbeitung von nationalen Plänen vor. Das ist in der Regel eine langwierige Angelegenheit, auf kommende Jahre ausgerichtet. Nirgendwo steht jedoch, dass ein solcher Plan nicht auch ein *Notfallplan* sein kann, der angesichts einer aufkommenden Krise schnell und zielgerichtet erarbeitet und verabschiedet werden kann. Im Epidemienfall stehen dem Bund diverse Möglichkeiten offen, das hat die Covid-Pandemie gezeigt. Eine kreative Gesetzesauslegung bei der Beschaffung von *Monkeypox*-Impfstoff würde jedenfalls die Grundrechte weit weniger tangieren als die Mehrheit der Massnahmen, die während der Covid-Pandemie getroffen wurden.

Absurd ist: Die Schweiz hat sich ein Epidemiengesetz gegeben, das ausgerechnet bei gefährlichen exotischen Erregern durchfällt. Also dafür nichts taugt, wofür es mehrheitlich revidiert worden ist. Und sie reibt sich an einem Heilmittelgesetz, das vor allem dann funktioniert, wenn ein Pharmamulti den inländischen Preisaufschlag auf einen neuen Hustensaft rechtfertigen muss.

Bern dreht sich seit Wochen im Kreis. Der Druck von LGBT+-Seite steigt, je mehr Fälle auftauchen, desto grösser wird der Unmut. Der Bundesrat sollte aus seiner Sommersiesta aufwachen und bei der Verwaltung auf eine schnelle Lösung pochen.

Warum nicht einfach beim Nachbarn bestellen?

Wie die aussehen könnte? Beispiel: Gemäss Epidemiengesetz kann der Bundesrat in einem Notfall völkerrechtliche Vereinbarungen mit anderen Staaten treffen, ohne sie durch das Parlament ratifizieren zu lassen. Warum also nicht via Liechtenstein Impfstoff besorgen und als Off-Label-Dosen

an Arztpraxen in der Schweiz verteilen? Oder uns zum Impfen nach Vaduz schicken? Die Schwangeren des Ländles fahren zum Gebären schliesslich auch über den Rhein in die Schweiz.

Doch dafür müsste die Schweiz erst mal aufwachen und sich eingestehen, dass der Notfall längst eingetroffen ist.

Alles ist besser, als die Hände zu falten und gebetsmühlenartig darauf hinzuweisen, dass die Situation dummerweise gerade unlösbar sei.

Unser Land setzt uns schwule und bisexuelle Männer schutzlos dem Virus aus. Und angesichts der steigenden Fallzahlen schadet die Schweiz nicht nur uns als Community. Sie schneidet sich dabei ins eigene Fleisch. Die Idee der Schweiz als gallisches Dorf, das sich vom umliegenden Kontinent unabhängig fühlt, verliert deutlich an Reiz, wenn alle anderen den Zaubertrank haben.

Um – *äxgüsi, reality check* – bildhaft bei den Affenpocken zu bleiben: Besteht noch Hoffnung, dass irgendwo in Bern bald jemand den Finger aus dem Po zieht, bevor dieser mit höllisch schmerzhaften Pusteln übersät ist?